

ERMUTIGEN

AMADEU ANTONIO STIFTUNG № 20 HANDELN FÜR DEMOKRATIE

Heimat und Identität

Von Anetta Kahane

Dass Heimat und Identität heute, im modernen Deutschland, auf den ausschließenden Charakter dieser Wörter in früheren Zeiten verzichten können, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Dafür haben viele Menschen lange gerungen. In Debatten, Schulprojekten, Kirchenkreisen, Gewerkschaften oder politischen Parteien. Auch die Worte Heimat und Identität haben sich entwickelt, verändert und mit neuen Ideen gefüllt. Ob jemand in Bayern oder an der Ostsee aufgewachsen ist, ob dort in der Kindheit ein Weihnachtsbaum stand oder das Zuckerfest gefeiert wurde, hat den Blick auf die Berge oder das Meer nicht beeinflusst. Auch nicht die Nachbarn mit ihren Eigenarten oder der Zungenschlag der Region. Kleinstadt, Großstadt, Dorf – sie prägen ebenso wie wir sind, wie der Wunsch bald wegzugehen oder irgendwann wiederzukommen. Gewiss macht es einen Unterschied, ob jemand der Mehrheitsgesellschaft angehört oder damit zu kämpfen hat, als gleichwertig anerkannt zu werden. Auch das prägt. Die Erfahrungen, die wir machen, wie wir erzogen wurden, was uns interessiert, wen wir lieben, welches die Familiengeheimnisse sind, die guten Lehrer oder die schlechten, Konflikte mit Freunden oder Eltern – das alles macht uns zu dem, was wir sind. Das alles bedeutet Heimat und Identität. Sie hat auch mit der Herkunft zu tun.



Doch ändert es absolut nichts an der Tatsache, dass auch Menschen, deren Eltern nicht in Deutschland geboren sind, aus ihrem Leben hier Identität und Heimat beziehen. Das kann ihnen niemand streitig machen. Das wäre so widersinnig, wie alles, was die Realität bestreitet. Mit der Bedeutung der beiden Wörter treffen sich zwei gegenläufige Erzählungen. Der eine Erzählstrang beginnt nach dem Krieg, Heimat war noch ein durch den Nationalsozialismus geprägter Begriff, der explizit alle, die nicht als »Volksdeutsche« betrachtet wurden, ausgestoßen, ja vernichtet hatte. Es hat Jahrzehnte voller Arbeit und Rückschläge gedauert, diese Prägung milder zu machen, ganz verschwunden ist sie nie. Weder im Osten noch im Westen. Deutsch zu sein und an die Heimat zu denken war mit dem »deutschen Blut« verbunden. Bis heute werden nicht-weiße Deutsche penetrant nach ihrer »eigentlichen« Heimat gefragt. Der andere Erzählstrang beschreibt Identität und Heimat nach den Erfahrungen, so wie es in der globalisierten Welt fast üblich geworden ist. Dort, wo man Freunde hat, wo man sich durchgehend hat gegen Vorbehalte oder durch Konflikte, dort ist man zu Hause. Fragt man junge Leute nach ihrer Identität, nennen sie vieles: Sie sind hetero oder nicht, Juristen oder Nerds, Veganer, Ökos, Künstler, sie trinken oder kiffen oder lehnen beides ab. Sie sind weiß oder schwarz oder irgendetwas anderes, sie reisen, sind Feministinnen oder Heavy Metal-Fans. Oder sie sind das alles abwechselnd, gleichzeitig und parallel. Trotzdem lieben sie ihre Eltern und die Gegend, in der sie aufgewachsen sind. Diese beiden Stränge treffen sich heute. Rechtspopulisten und Rassisten versuchen, die Menschen wieder nach Geschlecht und Hautfarbe in die ollen Schachteln von früher zu pressen. Doch wer sind sie, uns sagen zu wollen, wie wir zu unserer Identität und unserer Heimat stehen? Husch, husch, ins Körbchen – ist nicht mehr zu machen. Da helfen weder Kreuze noch die absurde Kombination der Wörter Heimat und Ministerium. Damit es auch so bleibt, müssen wir weiterarbeiten. Denn selbstverständlich ist gar nichts mehr.

Vielfalt ist Heimat



Deutschland, Heimat der Weltoffenheit

Von Ferda Ataman

Was ist Heimat für dich? Hätte man mich das als Teenagerin in Nürnberg gefragt, hätte ich unreflektiert und kulturstereotypisch geantwortet: die Türkei. Ein Land von fast 800.000 Quadratkilometer Fläche, von denen ich vielleicht zwei kannte, vielleicht auch nicht. Heute würde ich das nicht mehr sagen, sondern vielleicht eher »Franken«. Die eigentliche Frage aber ist doch: Warum diskutieren wir diese Frage überhaupt? Der Zeitpunkt zeigt: Die Debatte ist keine Reaktion auf die großen gesellschaftlichen Umbrüche. Nicht die Globalisierung, die Komplexität der digitalen Welt, die Auflösung des bisherigen Arbeitsmarkts haben das Thema auf die Agenda gebracht. Wir reden erst über Heimat-Sehnsucht, seit viele Geflüchtete gekommen sind. Politiker, die derzeit über Heimat reden, suchen in der Regel eine Antwort auf die grassierende »Fremdenangst«. Doch das ist brandgefährlich. Denn in diesem Kontext kann Heimat nur bedeuten, dass es um Blut und Boden geht: Deutschland als Heimat der Menschen, die zuerst hier waren. Und also auch bestimmte Vorrechte haben. Hier wird Heimat zum weniger verpönten Begriff für »Volk« und »Nation«. Heimat ist nicht länger hybrid und erwerbbar, sondern ein Code für »Deutschland den Deutschen«. Eine ratlose und falsche Antwort auf den Rassismus im Diskurs. Natürlich meinen viele es gar nicht böse, wenn sie jetzt von Heimat sprechen. Im Gegenteil, sie wollen den Begriff nicht den Rechten überlassen. Denn – anders als »Volk« – steht »Heimat« für ein schönes, wohliges Gefühl. Aber das funktioniert nicht, wenn die Suche nach »Heimat« und »Identität« in einem flüchtlingsfeindlichen oder antimuslimischen Frame diskutiert wird. Und genau das passiert gerade. Sie kennen bestimmt den Satz: »Immer mehr Deutsche fühlen sich fremd im eigenen Land«. Der Neonazispruch ist längst nicht mehr verpönt, sondern taugt zur Befindlichkeitserfassung durch seriöse Umfrageinstitute. Kaum jemand spricht darüber, dass damit Rassismus und Antisemitismus zur berechtigten »Heimatsehnsucht« erklärt werden. Irgendwie ist der Eindruck entstanden, wir hätten bis 2015 eine mehr oder weniger ethnisch homogene deutsche Aufnahmegesellschaft gehabt, die nun mit den muslimischen Neuzuwanderern kämpfen muss. Antisemitismus? Ein importiertes Problem. Deswegen haben wir erst 2018 – und nicht schon vor 60 Jahren! – einen Beauftragten auf Bundesebene eingerichtet. Sexuelle Übergriffe auf Frauen? Importiert. Nach den Vorfällen am Kölner Bahnhof Silvester 2015/2016 forderten Politiker aller Parteien konsequente Abschiebungen und ein härteres Durchgreifen gegen kriminelle Ausländer. Kurz darauf wurde das Asyl- und Ausweisungsrecht verschärft. Konsequenz eben. 2018 wurde das dritte Heimatministerium eingerichtet, es gab schon eins in Bayern und Nordrhein-Westfalen und nun auch im Bund. Nur was kann so ein Ministerium tun? Bei Minister Horst Seehofer

soll es nach dem bayerischen Vorbild inhaltlich um abgehängte ländliche Regionen gehen: Finanzhilfen für strukturschwache Räume, Behördenverlagerungen, mehr Universitäten auf dem flachen Land. Aber machen wir uns nichts vor. Das Heimatministerium ist vor allem Symbolpolitik für potenzielle rechte Wähler. Der Name suggeriert, dass von nun an eine Bundesbehörde über Leitkultur und Zugehörigkeit befinden kann. Seehofers erste Amtshandlung bestand darin zu sagen: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland.« Ist den Leuten eigentlich klar, wie sich eine Heimatdebatte in der aktuellen Gemengelage für jemanden wie mich anfühlt? Meine Eltern und Großeltern sind vor einem halben Jahrhundert eingewandert. Und nun wird mir signalisiert, dass Einwanderung die Deutschen nachhaltig verstört und sie deshalb unter Heimatsehnsucht leiden. Weil ich und zu viele von Meinesgleichen da sind. Ich mag den Begriff Heimat. Ich halte ihn für einen wunderbaren Dreh- und Angelpunkt, um zu diskutieren, wo wir in der Gesellschaft stehen. Aber wenn man den Begriff nicht den Rechten überlassen will, sollte man ihn auch nicht in ihrem Kontext verwenden. Was Seehofer also nicht verstanden hat: Wenn er den Begriff »Heimat« besetzen will, braucht er eine Symbolpolitik für Vielfalt, nicht dagegen. Eine Staatssekretärin mit Migrationshintergrund im Innenministerium – das hätte beispielsweise eine solche Symbolkraft. Statt weiter die rassistische Abwärtsspirale zu beschleunigen, könnte die Politik ein positives Selbstbild für Deutschland anbieten. Eines, in dem alle Menschen eine Heimat finden können, Ossis und Wessis, Junge und Alte, Immerschonhiegewesene und Zugewanderte. Da hierzu bislang noch nichts vorliegt, mache ich mal ein paar Vorschläge: **Deutschland ist die Heimat** der Erinnerungskultur! Wir werden nicht aufhören, uns gegen Antisemitismus und andere Formen der Menschenverachtung stark zu machen! **Deutschland ist die Heimat** der Weltoffenheit! Wir sind seit Jahrhunderten ein Ein- und Auswanderungsland. Wir haben viel Erfahrung – auch negative – mit dem Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft und Religion gemacht und daraus viel gelernt. **Deutschland ist die Heimat** der Religionsfreiheit! Wir haben Regeln, die es Menschen erlauben, sich mit ihrer Religion und Weltanschauung frei zu entfalten. Jede*r nach seine*r Façon. Darauf kann man stolz sein. Ganz ohne Blut und Boden-Trigger. Die nächsten Jahre werden entscheiden: Wessen Heimat soll Deutschland sein? Ich würde gern sagen: meine. *Ferda Ataman ist Journalistin, Mitgründerin der »Neuen deutschen Medienmacher«, Sprecherin der »Neuen Deutschen Organisationen« und Mitgründerin des Mediendienstes Integration, der auch von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wird.*

Mehr als 1250 Projekte gefördert

Vor Kurzem hat die Amadeu Antonio Stiftung den 1250. Projektantrag seit ihrer Gründung bewilligt: Die Projektidee der Stralsunder Jugendgruppe des Bunds Deutscher Pfadfinder*innen. Die Jugendlichen möchten mit Gleichaltrigen über Rechtspopulismus ins Gespräch kommen. Dafür erarbeiten sie ein Theaterstück, das dazu anregt, sich über Ausgrenzung, Diskriminierung und Zivilcourage Gedanken zu machen. Allein im Jahr 2018 hat die Stiftung mithilfe ihrer Spender*innen bereits 43 Projekte gefördert.

Neue Broschüre: Antisemitismus und Israelkritik

Im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg werden zwei Kippa tragende junge Männer antisemitisch beschimpft und mit einem Gürtel geschlagen. Wiederholt erreichen in den letzten Monaten Fälle von antisemitischem Mobbing an Schulen die Medienöffentlichkeit. Vor dem Brandenburger Tor werden im Zuge von Anti-Israel-Protesten israelische Flaggen verbrannt und Jüdinnen und Juden beleidigt. Antisemitismus ist in Deutschland auf dem Vormarsch – und er zeigt sich unter anderem daran, dass sich Jüdinnen und Juden für die Politik Israels rechtfertigen müssen. Aber ab wann wird Kritik am Staat Israel antisemitisch? Wie kann in der pädagogischen Arbeit präventiv gegen (israelbezogenen) Antisemitismus vorgegangen werden? Und welche Rolle spielt Rassismus in der öffentlichen Fokussierung auf den Antisemitismus aus muslimisch sozialisierten Milieus? Die neue Broschüre »Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen...?« der Amadeu Antonio Stiftung bietet Hilfestellungen zum Umgang – übersichtlich und praxisnah.



Neuaufgabe: Flierreihe zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Erkennen. Benennen. Verändern! Unter diesen Schlagworten beleuchtet eine zwölfteilige Flierreihe unterschiedliche Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie zum Beispiel Antisemitismus, Rassismus oder Homo- und Trans*feindlichkeit. Die Flyer richten sich an Jugendliche, erklären leicht verständlich das jeweilige Phänomen und schlagen ganz praktisch vor, wie die Jugendlichen selbst dagegen aktiv werden können. Die Flyer stehen in Kürze auf der Website der Stiftung zum Download bereit.

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen, die sich dauerhaft gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren sowie für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Handeln wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

»Da fehlt einfach was!«

Münchener Nachwuchsfilmern kämpfen gegen das Vergessen



Der Film »Unvergessen« erinnert an die Opfer des Attentats im Olympia-Einkaufszentrum in München.

Foto: Szene aus dem Film

GEFÖRDETES PROJEKT Es sind diese einschneidenden Ereignisse, in denen die Zeit kurz stehen zu bleiben scheint und die uns auch nach Jahren noch genau wissen lassen, was wir in jenen Momenten getan haben. So geht es auch dem Nachwuchsfilmteam um Alexander Spöri und Luca Zug. Am Abend des 22. Juli 2016 sitzen sie in einem Raum des Bayerischen Rundfunks, um ein Interview über ihr jüngstes Filmprojekt zu geben. Doch das Gespräch wird vom dauerhaften Surren und Brummen der Handys unterbrochen. Irgendwann gibt der Interviewer den Störgeräuschen nach. Nachdem er kurz innehält, schaut er von seinem Handy auf: »In München wird geschossen.« Seitdem beschäftigen sich die sieben Gymnasiasten von MovieJam Studios intensiv mit dem Anschlag in München. An jenem Abend tötete der 18-jährige Schüler David S., motiviert durch die Schriften des Rechtsterroristen Anders Breivik, im Olympia-Einkaufszentrum neun Menschen – alle mit Migrationshintergrund. Obwohl drei unabhängige wissenschaftliche Gutachten zu dem Schluss kamen, dass der Täter aus rassistischen Motiven gehandelt hat, stuften das bayerische Landeskriminalamt und die Staatsanwaltschaft die Tat als nicht politisch motiviert ein. Ein Irrtum, den das Bundesamt für Justiz mittlerweile korrigiert hat. Das zeigt wie kontrovers die Debatte geführt wird, eine Debatte, die durch den Film der Schülergruppe um eine bis dato viel zu wenig beachtete Perspektive bereichert wird: In »UNVERGESSEN« geht es nicht um den Täter, sondern ausschließlich um die Opfer des Anschlags. Bereits im Rahmen eines Grundschulprojektes entdeckten die Nachwuchsfilmern das Medium Film für sich. Im Laufe der Zeit professionalisierte sich das Ganze: Der Keller eines Elternhauses wurde zum

Filmstudio umfunktioniert. Durch Praktika wurde das notwendige Know-how erworben. Mittlerweile stehen die 16- bis 18-jährigen erwachsenen Filmproduzent*innen in nichts mehr nach und beeindruckend durch kompetentes Auftreten und erfrischende Weitsicht in ihren Konzeptionen. Dass die Schüler den Anschlag filmisch behandeln werden, war ihnen an jenem Abend des 22. Juli noch nicht klar. Am Anfang stand die persönliche Betroffenheit, der Schock über die Nähe zu den Opfern und ein Freundeskreis, der hinterfragt. Im Rahmen eigener Recherchen fiel ihnen schnell auf: »Man kann sich von Material überbewimmern lassen, aber es gibt keine angemessenen Portraits der Opfer, immer nur ein bis drei Zeilen. Da fehlt einfach was!«. Das brachte die Schüler dazu, die Kellerräume wieder mit Leben zu füllen, Skripte zu entwerfen.

Am 29. Juli 2017 feierte der durch die Amadeu Antonio Stiftung geförderte Film schließlich in München Premiere. In 50 Minuten lernen wir die Menschen kennen, die sich hinter den Namen in der Zeitung verbergen. Menschen, die Träume und Ziele hatten, Stärken und Schwächen. Der Film spiegelt den Schmerz der Angehörigen wider, macht ihn greifbar und lässt erahnen, welch schrecklicher Verlust entstanden ist. Er richtet sich auf eindrucksvolle Weise gegen das Vergessen. Gegen eine kalte, unpersönliche Beschäftigung mit Hintergründen, Tathergang und Täterprofil. Gegen ein Vergessen, das die Erinnerung an diejenigen ausen vor lässt, die betroffen sind und waren.

Der Film wird demnächst im Handel erhältlich sein, mehr dazu unter www.moviejam.de

Von Ibo Muthweiler

Heraus aus der Unsichtbarkeit

Wer weiß schon, dass Gret Palucca mit zwei Frauen zusammengelebt hat und Paula Modersohn-Becker lesbisch war? In der Geschichtsforschung bleibt der Lebensalltag von LSBT* weitestgehend unsichtbar, Schulbücher schweigen. Um das zu ändern, hat sich der Verein »Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern«, der regionale Partner der Amadeu Antonio Stiftung, auf Spurensuche begeben. Das Ergebnis: die Ausstellung »Wir* hier! Lesbisch, schwul und trans* zwischen Hiddensee und Ludwigslust«. Sie beleuchtet Überlebensstrategien und Alltag der LSBT* von der Zeit des Kaiserreichs bis in die Gegenwart im heutigen Mecklenburg-Vorpommern.

»Historische Selbstzeugnisse aus der Region sind schwer zu finden, denn Staat und Gesellschaft luden LSBT* nie dazu ein, ins Licht der Öffentlichkeit zu treten«, berichtet Janna Petersen, Leiterin des Projekts. Die ständige Diskriminierung und die daraus resultierende Scham taten ihr Übriges, damit LSBT* sich nicht als solche zu erkennen gaben – und deshalb wenige sichtbare Spuren hinterließen. Queeres Leben wird meist aus der Perspektive der Verfolgten dokumentiert, beispielsweise in Gerichtsprotokollen und medizinischen Gutachten. Die Ausstellung möchte, dass Schwule, Lesben und Trans* selbst zu Wort kommen: Drei Historiker*innen und 50 Jugendliche und junge Erwachsene aus der Region schwärmten aus, um Stadtarchive auf den Kopf zu stellen, Interviews mit Zeitzeug*innen zu führen, Biografien aufzuarbeiten. »In Wismar haben sich die Jugendlichen zum ersten Mal mit der Geschichte von LSBT* beschäftigt«, erzählt Florian Ostrop, Historiker und pädagogischer Begleiter des Projekts. Die Schüler*innen machten die Verfolgungsgeschichte von Lesben, Schwulen und Trans* in ihren Städten sichtbar. In Rostock gestalteten sie eine Gedenkveranstaltung für LSBT* zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, in Wismar organisierten sie eine Stolpersteinverlegung. »Für die Teilnehmenden waren

das aufregende und prägende Momente«, berichtet Ostrop. Damit schließt das Projekt nicht nur eine Forschungslücke in der Aufarbeitung der Geschichte von LSBT* in Mecklenburg-Vorpommern. »Mit dem partizipativen Ansatz ist es uns gelungen, Jugendliche für die Diskriminierung von LSBT* zu sensibilisieren – in der Vergangenheit, aber auch ganz konkret hier und heute«, fügt Petersen hinzu. So entsteht eine lebendige Erinnerungskultur vor Ort, die queeres Leben einlädt, aus der Unsichtbarkeit herauszutreten. Die Ausstellung wird am 16. Juni im Schleswig-Holstein-Haus in Schwerin eröffnet.

Von Franziska Schindler

Käthe Löwenthal war Mitglied des 1919 gegründeten Hiddenseer Künstlerinnenbundes und lebte mit der Malerin Erna Raabe zusammen.

© Matthias Nebel und BAR PACIFICO/Etienne Giradet



Keine Armee, aber dennoch gefährlich

Rund 18.000 Personen bundesweit rechnet der Verfassungsschutz dem reichsideologischen Milieu mittlerweile zu. Noch 2016 waren es Schätzungen zufolge nur 4.500. Zwar wächst die Zahl der »Reichsbürger«, Selbstverwalter*innen und Souveränist*innen tatsächlich, es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass sie sich plötzlich verdreifacht hat. Vielmehr macht die extreme Spanne zwischen den Zahlen deutlich, wie stark das Milieu von Staat und Öffentlichkeit lange Zeit unterschätzt wurde.

Spätestens seit den tödlichen Schüssen des Selbstverwalters Wolfgang Plan im Oktober 2016 auf ein Sondereinsatzkommando, ist die Gefahr, die vom reichsideologischen Milieu ausgeht, offensichtlich geworden. Reichsideolog*innen sind zu einem Thema öffentlichen Interesses geworden. Zahlreichen von ihnen wurden die Waffenbesitzurkunden und Waffen entzogen. Sicherheitsbehörden haben ihre Beobachtungen intensiviert.

Dennoch: »Reichsbürger«, Selbstverwalter*innen und Souveränist*innen sind nicht erst dann gefährlich, wenn sie zur Waffe greifen. Allein die Art und Weise, wie sie sich die Welt erklären, ist verschwörungsideologisch, antisemitisch und menschenfeindlich. Die Existenz der Bundesrepublik Deutschland wird von den Reichsideolog*innen durch Verschwörungen erklärt. Oft nutzen sie dabei antisemitische Stereotype, wie den Glauben an eine »jüdische Weltverschwörung«, deren Macht bekämpft werden müsse. Auch der Gebietsrevisionismus wird bedient, denn die Wiederherstellung eines Deutschen Reichs schließt die Aneignung fremder Staatsgebiete mit ein. Gepaart wird die oft rechtsextreme Denkweise mit Passagen aus dem Staats- und Völkerrecht, die aus dem Zusammenhang gerissen werden. Mit diesen scheinbar »fundierten« Argumentationen beschärfen die Reichsideolog*innen Verwaltungen und Kommunen. Das geht so weit, dass sie sich weigern, Steuern oder Ordnungsgelder zu zahlen oder sogar selbst »Regierungsgeschäfte« führen – als selbsternannte Kanzler, Präsidenten oder Minister.

Die Broschüre »Mein Reich komme« geht der Frage nach, woher diese unterschiedlichen Reichsideolog*innen kommen, was sie erreichen wollen und welche Ideologie sie vertreten. Dazu begibt sie sich auf die Spur der reichsideologischen Verschwörungserzählung – von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Beispiele zeigen, wie Reichsideolog*innen miteinander und mit anderen Milieus verbunden sind, was sie tun – und was die Zivilgesellschaft gegen sie tun kann.

Von Melanie Hermann

Ermöglicht wurde diese Publikation durch das Programm »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern.



»Le_rstellen im NSU-Komplex«

Warum wir weitere Aufklärung brauchen

In einem Jugendclub in Jena sagt eine 17-Jährige auf die Frage, was sie einmal werden will: »Zuerst einmal müssen die Ausländer weg.« Kein Sozialarbeiter reagiert darauf. Die junge Frau ist Beate Zschäpe. Ein paar Jahre später verstrickt sich dieselbe Frau mit einem gefälschten Ausweis gegenüber der Polizei in Widersprüchen zu ihrer Person. Eine Überprüfung findet dennoch nicht statt. Dabei wird sie bereits seit einigen Jahren polizeilich gesucht. Zeitgleich findet im Raum Nürnberg nach den NSU-Morden eine Rasterfahndung in der rechten Szene statt. Man will sich unnötige Arbeit ersparen, also werden kurzerhand alle Frauen von der Überprüfung ausgenommen. Mit Mandy S. wird damit genau die Person nicht überprüft, die als Helferin der ersten Stunde des NSU gilt. Sie ist Freundin und Unterstützerin von Beate Zschäpe. Drei Vorfälle, die exemplarisch zeigen, wie die Rolle von Frauen im Rechtsextremismus verkannt wurde. Eine geschlechterreflektierte Perspektive hätte ein frühzeitiges Eingreifen oder die Chance auf Aufklärung zumindest wesentlich begünstigt.

Zum Ende des NSU-Prozesses am Münchner Landgericht legt die Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung die neue Publikation »Le_rstellen im NSU-Komplex« vor. Analysiert wird das Verhältnis von Geschlecht, Rechtsextremismus und deren öffentliche Wahrnehmung. Dazu ist von Anfang an das NSU-Verfahren am Landgericht sowie die Fehlwahrnehmung durch Sicherheitsbehörden und Sozialarbeit im Umgang mit rechten Frauen kritisch begleitet worden. Wie gelang es der Hauptangeklagten und anderen Frauen im Umfeld des NSU, sich stereotyp als »unpolitisch«, »ahnungslos« oder »harmlose Freundin von...« inszenieren zu können? Warum wird auch in aktuellen rechtsterroristischen Fällen, wie z.B. der »Gruppe Freital«, der Anschlagserie in Nauen oder der »Old School Society« das politische Motiv oder rassistische Weltbild der beteiligten Frauen übersehen? Hierbei werden auch die einseitige Medienberichterstattung, aber auch Filme über den NSU in den Blick genommen.

Eine weitere Leerstelle, die aufgearbeitet wird, ist die Rolle von Antisemitismus bei der Radikalisierung der NSU-Mitglieder. Dieser spielte bislang in keinem Bericht der Untersuchungsausschüsse eine eigenständige Rolle. Nicht zuletzt zeigen sich blinde Flecken der Ermittlungen, weil sich struktureller Ras-

mus und Geschlechter-Stereotype wechselseitig bedingen: Mit Hochdruck ermittelten die Sicherheitsbehörden jahrelang im migrantischen Umfeld – dass eine deutsche Frau Täterin sein könnte, schien offenbar völlig abwegig.

Der Gewerbetreibende Arif, der das Nagelbombenattentat in der Kölner Keupstraße überlebte, fordert lückenlose Aufklärung: »Ich erräume mir, dass diejenigen, die diese zehn Morde begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden. Nicht nur die Frau, die gerade vor Gericht sitzt, sondern auch all die anderen, die diese Menschen unterstützt haben.« Mit dieser Publikation werden Le_rstellen sichtbar gemacht – und gefüllt. Denn das Ende des NSU-Prozesses darf nicht das Ende der gesellschaftlichen Aufklärung bedeuten.

Von Judith Rahner

Ermöglicht wurde diese Publikation durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!«, die Freudenberg Stiftung und die Dreilinden gGmbH.



»Wir müssen den Kompass wieder gewinnen«

Beate Küpper, Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein und neue Vorsitzende des Stiftungsrats der Amadeu Antonio Stiftung, spricht über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und Heimat.

Frau Küpper, Sie forschen zu den Ursachen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Warum werten Menschen andere Menschen ab?

Da gibt es ein ganzes Bündel von Ursachen. Zum einen spielen Faktoren eine Rolle, die mit der eigenen Biografie zu tun haben. Aus den Einstellungen von Familie, Freund*innen, aber auch dem, was wir durch Medien vermittelt bekommen, entwickeln wir unsere Weltansichten – Grundhaltungen von Gleichwertigkeit, aber eben auch ganz konkrete Vorurteile. Die werden erstmal nachgeplappert, irgendwann übernommen und oft auch weitergetragen.

Es heißt oft, dass Vorurteile entstehen, wenn Menschen sich vom sozialen Abstieg bedroht fühlen...

Da ist ein bisschen was dran. Allerdings kommt es gar nicht so sehr auf die tatsächliche, sondern vielmehr auf die wahrgenommene Ressourcenknappheit an. Wenn ich das Gefühl habe, meine Gruppe, mit der ich mich identifiziere, bekommt unberechtigt zu wenig, dann ist das Feld frei für Abwertung und die Suche nach Sündenböcken. Andererseits

können Gruppenkonflikte auch unabhängig davon funktionieren – allein durch die Aufteilung in »wir« und »die«.

Was hilft gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit?

Wissen ist wichtig. Weil Vorurteile aber sehr resistent gegen Fakten sind, brauchen wir zusätzlich positive Emotionen, die dann auf die »Fremdgruppe« übertragen werden können. Bei Projekten gegen Rassismus kommt es also durchaus auf den Spaßfaktor an. Wirksam gegen Vorurteile ist auch, mich in den anderen hineinzuversetzen, mitzufühlen, Gemeinsamkeiten zu erkennen. Aber die Kontaktaufnahme kann schief gehen, zum Beispiel, wenn ich bei einem Fußballturnier geflüchtete Kinder gegen Kinder ohne Fluchterfahrung antreten lasse. Da entsteht kein »Wir«. Besser ist es die Gruppen zu mischen und sich gemeinsame Ziele zu setzen, die ohne Wettbewerb auskommen.

In den letzten Wochen wurde viel über »Heimat« diskutiert. Was passiert gerade mit diesem Begriff?

Wir haben in den letzten Jahren beobachtet, wie rechtspopulistische Akteur*innen vormals demokratisch konnotierte Begriffe besetzten. »Meinungsfreiheit« war emanzipatorisch und mit demokratischem Austausch assoziiert, wird inzwischen aber als Rechtfertigung dafür benutzt, den eigenen Rassismus ungehemmt nach draußen zu posieren. Ähn-

lich ist es mit dem ehemals positiven Heimatbegriff. Der hat heute leider oft etwas mit Ausgrenzung statt mit Einbindung zu tun.

Was haben Heimat und sozialer Zusammenhalt miteinander zu tun?

Heimat bedeutet für mich, dass ich mich in einem lokalen Raum geborgen fühle und niemand ausgegrenzt wird. Mit dieser Definition liegen Heimat und sozialer Zusammenhalt eng beieinander. Aber auch beim »Sozialen Zusammenhalt« ist die Frage, wie er gefüllt wird. Wenn ich es schaffe, ein solidarisches »Wir« zu formulieren, wo alle auf Augenhöhe mitmachen dürfen und können, ist das ein positiver Begriff. Leider konzipieren einige, die in Deutschland einen mangelnden Zusammenhalt beklagen, diesen nicht unbedingt vielfältig und gleichwertig.

Sie haben sich auch damit beschäftigt, wie Rechtspopulist*innen die Zivilgesellschaft beeinflussen. Was haben Sie herausgefunden?

Wir hatten es in den letzten Jahrzehnten geschafft, Gleichwertigkeit als Norm zu setzen, aber sie wird schwächer. Alltagsrassismus gab es schon immer, aber der erscheint jetzt wieder legitim und erobert sich Räume zurück. Das äußert sich dann darin, dass man der Verwandtschaft beim sonntäglichen Kaffeetisch lieber nicht mehr von seiner Arbeit mit Geflüchteten erzählt. Unterstützer*innen von Geflüchteten werden persönlich bedroht. Das macht



natürlich etwas mit den Menschen und mit der Stimmung im Land.

Wie können wir eine demokratische, plurale Zivilgesellschaft stärken?

In den letzten Jahren hat eine Normen- und Diskursverschiebung nach rechts stattgefunden. Wir dürfen uns nicht beirren lassen und müssen den Kompass wiedergewinnen. Und dabei alle mitnehmen: Diejenigen, die unmittelbar im Fokus der Abwertung stehen, und vor allem die schweigende Mehrheit. Niemand kann sich raushalten. Wir alle sind gefragt.

Das Interview führte Franziska Schindler

Straßensozialarbeit auf der digitalen Autobahn

Rechtsextreme und Rechtspopulist*innen nutzen digitale Medien auf der Höhe der Zeit – und mit Erfolg. Mit Hasskampagnen und gezielter Desinformation versuchen sie, Debatten zu beeinflussen und die Grenzen des Sagbaren aufzuweichen. Rechtsaffine sind längst nicht die einzige Zielgruppe der Online-Propaganda. Die Neue Rechte bedient sich zunehmend auch an harmlos wirkenden Themen wie Tierschutz und veganen Food-Blogs, um »unbedarfte« User*innen zu erreichen.

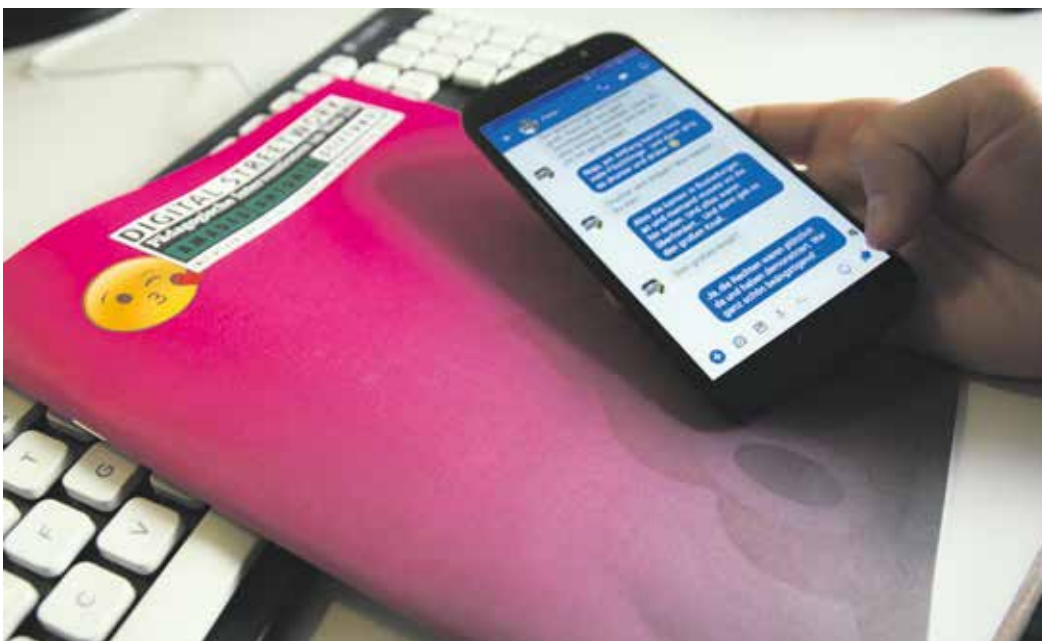
Gerade für Jugendliche sind Soziale Netzwerke Orte der Identitätsbildung. Hier suchen sie Orientierung und Bestätigung. Da ist es ein Leichtes, rassistische und demokratiefeindliche Positionen in scheinbar unpolitische Diskussionen einfließen zu lassen und damit unausgereifte Meinungen von Jugendlichen zu beeinflussen. Das bedeutet im Umkehrschluss: Rechtsextremismus-Prävention darf nicht mehr nur offline stattfinden. In Online-Netzwerken wird Sozialarbeit aber bisher kaum betrieben. Die Übertragung erfolgreicher Präventionsansätze und die Entwicklung neuer Methoden für das Web 2.0 steckt noch in den Kinderschuhen. Medienbildung bezieht sich bislang vor allem auf technische Kompetenzen, weniger jedoch auf demokratiefördernde Inhalte des Internets.

Das Projekt debate// der Amadeu Antonio Stiftung will diese Lücke schließen und mit rechtsaffinen Jugendlichen im Netz in Dialog treten. Aber auch mit denen, die still zuschauen oder mitlesen. Sie bleiben oft im Hintergrund – aus Unsicherheit, wie sie das Gesehene bewerten sollen oder weil sie sich nicht trauen, dazwischen zu gehen. Hier setzt das Projekt an: Um den Kreislauf des Schweigens zu durchbrechen, werden demokratische Wortführer*innen gestärkt und engagierte Jugendliche ermutigt.

Die ersten Erfahrungen, die das Projekt in der digitalen Sozialarbeit gemacht hat, werden in der neuen Handreichung »Digital Streetwork. Pädagogische Interventionen im Web 2.0« aufgearbeitet. Die Broschüre wertet die zweijährige, wissenschaftlich begleitete Modellphase des Digital Streetwork aus. Sie erklärt, wie es gelingt, Jugendliche im Netz anzusprechen und Präventionsarbeit aus der analogen in die digitale Welt zu übertragen. So funktioniert demokratiefördernde Sozialarbeit für eine digitale Debattenkultur im Web 2.0.

Von Cornelia Heyken

Die Broschüre wird durch die Freudenberg Stiftung und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« gefördert.



»Toll, dass Du da bist!«

Wie die Bürgerstiftung Prenzlau belebt

GEFÖRDETES PROJEKT Ein verschlafener Sonntagnachmittag in Prenzlau. Die Sonne scheint auf den Marktplatz. Imposant erhebt sich die Marienkirche über die Plattenbausiedlungen. »Man möchte hier nicht, dass sich allzu viel verändert«, sagen Anwohner*innen. Aber in Prenzlau hat sich in den letzten Jahren so einiges verändert. Viele junge Menschen ziehen vom Land weg in das nahegelegene Berlin. Das Armaturenwerk, früher ein großer Arbeitgeber der Region, stellte seine Produktion weitestgehend ein. Im Sommer 2015 kamen vermehrt Geflüchtete nach Prenzlau. Weil die Gemeinschaftsunterkunft am Stadtrand schnell überfüllt ist, ziehen Geflüchtete in Wohnungen im Stadtkern. Migrant*innen werden plötzlich sichtbar – und Migration in der Stadtgesellschaft zum ersten Mal zum Thema.

Strukturen, um Geflüchtete willkommen zu heißen, fehlen. Hier wird die Bürgerstiftung Barnim Uckermark aktiv – richtet ein Begegnungscafé für Familien in einer Schule ein, baut ein Mentoringprogramm und eine ehrenamtliche Dolmetscherguppe auf, wird zur Anlaufstelle für ehrenamtlich Aktive. Mit all diesen Projekten möchte sie dazu beitragen, eine aktive Stadtgesellschaft zu stärken. Als erste Bürgerstiftung in Brandenburg wurde sie 2003 von verschiedenen Initiativen der Region und mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung gegründet. Ihre Vision: ein Miteinander zu schaffen, bei dem demokratische Kultur und regionale Entwicklung zusammen gestaltet werden.

Mit ihrem Engagement in Prenzlau stößt die Bürgerstiftung auf offene Ohren der Stadtverwaltung. Diese Unterstützung ist wichtig, denn auch wenn die Zahl der gewaltbereiten Neonazis in der Stadt seit den 90er Jahren zurückgegangen ist, kommt die AfD bei der Bundestagswahl im Landkreis Uckermark auf 20,8%. Gerade unter denen, die sich abgehängt fühlen, gelingt es der Partei, Sozialneid gegen Geflüchtete zu schüren.

Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark, das ist in Prenzlau: Katja Neels. Vor zehn Jahren kam sie in die Uckermark, seit drei Jahren engagiert sie sich hier – mit Höhen und Tiefen. »Stellt man einen Tisch auf die Straße, dann begegnet einem erstmal Skepsis, die sich gegenüber allem hält, was nicht zum gewohnten Alltag gehört«, berichtet sie. Dass der Schulbus in viele der umliegenden Dörfer um 16 Uhr zum letzten Mal fährt, hilft nicht

gerade dabei, Jugendliche für ein Engagement zu gewinnen. Allerdings sind die, die sich engagieren, mit ganzem Herzen dabei – zum Beispiel die Freiwilligen in den Patenschaften, das Bündnis für ein weltoffenes Prenzlau oder die Schüler*innen der Aktiven Naturschule, die statt Deutschunterricht für sich selbst lieber Deutschunterricht für Geflüchtete anbieten. Damit unterstützen die Engagierten die Geflüchteten nicht nur ganz praktisch im Alltag, sondern tragen auch dazu bei, dass sie sich in der Stadt willkommen fühlen.

Katja Neels will in Prenzlau bleiben. Sichtbar machen, wie viel die Prenzlauer*innen mit den geflüchteten Familien gemeinsam haben. Mithilfe einer Freiwilligenagentur die Hürden abbauen, sich zu engagieren. Und auf diese Weise mit Geduld und langem Atem dabei helfen, eine Stadtgesellschaft aufzubauen, in der sich alle zu Hause fühlen.

Von Franziska Schindler



Patentreffen in Prenzlau. © Mary Beutenmüller

Ein neuer Blick auf die Region

Barnim und Uckermark mit dem Demokratie-Reiseführer neu entdecken

Lust auf einen Abstecher nach Brandenburg? Es lohnt sich! Der Reiseführer »Lebendige Orte« lädt ein, den Barnim und die Uckermark einmal ganz anders zu entdecken.

Auf dem Land braucht es Orte der Begegnung, um sozialen Zusammenhalt zu ermöglichen. Doch wer ahnt schon, dass sich in der idyllischen Fachwerkkirche regelmäßig Jugendliche treffen, die der Geschichte des Ortes auf den Grund gehen und auf diese Weise ihre Heimat erkunden? Wer hätte gedacht, dass aus dem ehemaligen Bahnhof ein Tummelplatz für Jung und Alt geworden ist – vom Tanzkreis über Konzerte bis hin zum Zirkusprojekt? Und wer wüsste schon, dass der Buchladen in der Kleinstadt nicht nur liebevoll ausgewählte Literatur anbietet, sondern Rentner*innen ihn für ihren regelmäßigen Stammtisch auserkoren haben

und jede Woche Kinderbücher vorgelesen werden? Der außergewöhnliche Reiseführer mit dem Titel »Lebendige Orte – Eine Reise durch Barnim und Uckermark« widmet sich nicht touristischen Sehenswürdigkeiten, sondern stellt Menschen und Orte vor, die eine demokratische Kultur in ihrer Region gestalten. Das Besondere: Die Initiativen machen sich nicht nur stark für eine lebendige Region. Sie machen das mit einer klaren Haltung gegen Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Rechtsextremismus – und sind deshalb über die Grenzen von Barnim und Uckermark ermutigend und beispielhaft. »Mit diesem Reiseführer wird die Bedeutung und Vielfalt von Engagierten vor Ort für alle sichtbar gemacht. Wir laden mit dem Reiseführer ein, sich einer der bestehenden Initiativen anzuschließen oder sich von den Beispielen ins-

pirieren zu lassen« erklärt Andreas Pautzke, stellvertretender Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. Das Bundesnetzwerk hat den Reiseführer gemeinsam mit der Amadeu Antonio Stiftung und der Bürgerstiftung Barnim Uckermark auf den Weg gebracht. 140.000 Exemplare wurden kostenfrei in die Briefkästen der Region verteilt.

Die vielen ganz unterschiedlichen Projekte zeigen, wie gut es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Nordosten Brandenburgs bestellt ist. Machen Sie sich doch gern ein eigenes Bild! Der Reiseführer umfasst 128 Seiten und wurde mit zahlreichen Aufnahmen des Fotografen Ulrich Wessollek illustriert. Er kann kostenfrei bei der Amadeu Antonio Stiftung bestellt werden.

Von Robert Lüdecke



»verrückt« – Politische Bildung im Youtube-Format

GEFÖRDETES PROJEKT Der Verein Straßengezwitscher e.V. vermittelt demokratische Werte mit regionalem Bezug zu Sachsen – online und als Videobotschaft. Das von der Amadeu Antonio Stiftung geförderte Format »verrückt« startete im Februar. In den 3- bis 10-minütigen Videos können wir den Moderator*innen Johannes und Nhi dabei zusehen, wie sie aktuelle gesellschaftspolitische Themen leicht verständlich diskutieren. Wir haben mit den beiden gesprochen.

Nach dem Erfolg Eurer laufenden Projekte bringt ihr nun einen Videopodcast heraus, der gesellschaftspolitische Themen behandelt. Was motiviert Euch zu diesem neuen Format?

Johannes: Wir haben uns dafür entschieden, weil wir jungen Menschen die Werkzeuge an die Hand geben wollen, sich aktiv an politischen Diskursen zu beteiligen. Außerdem möchten wir das beleuchten, was im öffentlichen Diskurs häufig untergeht. Das betrifft vor allem rassistische Vorfälle in Sachsen sowie rechte Online-Hetze. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt darauf, jungen Menschen Medienkompetenz zu vermitteln.

Es geht Euch neben der Vermittlung politischen Grundwissens auch darum, auf aktuelle Ereignisse einzugehen. Welche Themen sind für Euch relevant?

Nhi: Wir konzentrieren uns einerseits auf tagesaktuelle Ereignisse aus Sachsen und versuchen diese dann in den gesellschaftlichen Kontext einzubetten. Geschehnisse vor Ort fungieren dann ja wie ein Brennglas für die gesamte Situation in Deutschland. Unser anderer Schwerpunkt liegt bei allgemeinen Themen, die besonders Berührungspunkte mit dem Alltag und Leben junger Menschen haben sollen. Dabei handelt es sich um Themen wie Cybermobbing oder lokale Partizipation.

Durch Videoausschnitte, Statistiken oder Zitate schafft ihr es, selbst komplizierte Problematiken schnell und trotzdem unverkürzt darzustellen. Das Ganze mit Fokus auf Sachsen. Warum eigentlich?



Johannes Filous und Nhi Le. © verrückt

Johannes: Sachsen ist das einzige Bundesland, in dem die AfD bei der vergangenen Bundestagswahl stärkste Kraft wurde. Außerdem mussten wir mit Erschrecken feststellen, dass es viele YouTube-Kanäle aus Sachsen gibt, die völkisches und nationalistisches Gedankengut ziemlich erfolgreich an eine junge Zielgruppe vermitteln. Es ist uns wichtig, dass junge Menschen hier in Sachsen ein Angebot finden, das sich mit tagesaktuellen Themen auseinandersetzt und ihnen Lust macht auf Demokratie, die immer langsam und kompromissbehaftet ist.

Youtube-Channels sind nicht das klassische Medium politischer Bildungsarbeit. Was ist der Vorteil dieses Formats?

Nhi: Wir möchten vor allem eine junge Zielgruppe erreichen und die ist eben vor allem auf YouTube unterwegs. Indem wir Videos produzieren, ist der

Content aber auch langfristig abrufbar, das heißt, dass die Inhalte immer wiederholbar sind. In unseren Videos diskutieren Johannes und ich, es gibt Erklärteile und in unseren Formaten Mikroskop und Makroskop nehmen wir Begriffe auseinander und setzen sie in einen Kontext.

Johannes: Wir haben uns bewusst für YouTube entschieden und uns dabei auf mehrere Studien gestützt. Sie belegen, dass die Videos das beliebteste Format Jugendlicher sind.

Die erste Folge von »verrückt« ist im Februar erschienen. Wie wurde das Projekt bisher aufgenommen?

Nhi: Unsere YouTube-Statistiken, Nachrichten und Kommentare zeigen, dass wir größtenteils ein junges Publikum erreichen. Das ist natürlich toll, denn genau da wollen wir hin.

Johannes: Unsere Top-Folge hat aktuell knapp 5.000 Views. Ist da noch Luft nach oben? Na klar! Das ist aber keine Einbahnstraße. Wir werden Schüler*innen noch stärker einbinden und fleißig weiter machen!

Das Interview führte Ibo Muthweiler

An der Seite der Opfer rechter Gewalt

GEFÖRDETES PROJEKT Ein kalter, regnerischer Tag im Januar 2018. Im Dresdner Stadtteil Gorbitz wird eine junge Frau aus Äthiopien Opfer eines rassistischen Angriffs. An einer Haltestelle unterhält sie sich mit Bekannten auf Somali. Ein Paar, das mit ihrem Hund an der Vierergruppe vorbeiläuft, beleidigt diese rassistisch. Zum Entsetzen der Gruppe lässt die Frau daraufhin ihren Hund von der Leine und hetzt ihn auf die vier Wartenden. Während sich drei von ihnen retten können, wird die junge Äthiopierin von dem Tier zu Boden gerissen, worüber sich das Paar amüsiert. Erst als einige Passant*innen die Täterin auffordern, ihren Hund zurückzurufen, lässt dieser von der jungen Frau ab. Sie erleidet einen Schock, zahlreiche Bisswunden und ihre Kleidung wurde von dem Hund zerrissen. Damit die Frau zumindest nicht auf dem materiellen Schaden sitzen bleibt, half ihr der Opferfonds CURA durch schnelle und unbürokratische Hilfe.



Eine Bronzestatue erinnert an die Ermordung von Burak Bektaş in Neukölln im Jahr 2012. © Huja

Doch nicht nur in Sachsen sind rassistische und rechtsextreme Vorfälle an der traurigen Tagesordnung. Auch im multikulturellen Berliner Bezirk Neukölln häuften sich in den letzten Jahren Straftaten von Rechts, mindestens 50 waren es seit 2016. Besonders der eher bürgerliche Süden Neuköllns und der Ortsteil Rudow sind berüchtigt für die Umtriebe organisierter Neonazis. Diese versuchen seit Jahren, kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft und Politik mit Gewalt einzuschüchtern: So wurde das Auto des Neuköllner Linken-Politikers Ferat Ali Kocak in Flammen gesetzt, der Buchhändler Heinz Ostermann wurde bereits zum dritten Mal Opfer eines rechtsextrem motivierten Anschlags. Der SPD-Verordneten Mirjam Blumenthal flogen Steine durch die Scheiben ihres Wohnhauses, auch ihr Auto wurde angezündet. Mehr als ein Dutzend Stolpersteine wurden von Unbekannten aus den Straßen gerissen. Im Internet veröffentlichten Rechtsextreme eine »Feindesliste«, der Kreis der Verdächtigen wurde auf einen harten Kern der Neonazi-Szene eingegrenzt. Trotzdem führen die Ermittlungen der Polizei immer wieder ins Leere. In dem rechtsextremen Umfeld Neuköllns wird auch der Täter vermutet, der am 5. April 2012 Burak Bektaş auf offener Straße erschoss und zwei seiner Begleiter schwer verletzte. Große Ähnlichkeit des Falls besteht zum Mord an dem 2015 ebenfalls in Neukölln erschossenen Briten Luke Holland. Hollands Mörder konnte jedoch die Tat an Burak Bektaş bisher nicht nachgewiesen werden. Einen weiteren traurigen Tiefpunkt erreichten die rechtsextremen Einschüchterungsversuche erst kürzlich: Nicht einmal zwei Wochen, nachdem am 8. April 2018 ein Denkmal für Burak Bektaş in der Nähe des Tatorts eingeweiht worden war, beschädigten es Unbekannte mit einer Chemikalie.

Die »Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş« lässt sich von solchen Taten nicht einschüchtern. Immer wieder machen sie auf die Gefahr rechtsextremen Terrors aufmerksam und welche Folgen das Wegschauen haben kann. Wir wollen nach wie vor entschlossen an der Seite der Betroffenen stehen.

Der Opferfonds CURA hat dank der Hilfe von Spender*innen im Jahr 2018 bereits in 21 Fällen Betroffenen rechtsextremem und rassistischer Gewalt geholfen.

Von Maximilian Kirstein

Neonazi-Festival in Ostritz: Eine Stadt wehrt sich

GEFÖRDETES PROJEKT Am Wochenende vom 20. April fand im ost-sächsischen Ostritz das Neonazi-Festival »Schild und Schwert« statt. Mehr als 1.000 Neonazis aus dem In- und Ausland fielen in die 2.300-Seelen-Gemeinde ein, um unter Gleichgesinnten ihre menschenverachtende Ideologie zu feiern. Rund um den Veranstaltungsort schirmte der »Sicherheitsdienst Arische Bruderschaft« das Gelände vor neugierigen Blicken ab – schließlich wollte man ungestört den Geburtstag Adolf Hitlers feiern. Das »SS«-Festival folgt dem Trend zu immer größeren Events in der rechtsextremen Szene: Der Veranstalter, NPD-Vize Thorsten Heise, bot seinem Publikum ein umfangreiches Programm aus Balladenabend, Volkstanz, politischen Redebeiträgen, Kampfsport-Show, Hass-Konzerten und einschlägigem Merchandise.

Bevölkerung verharmlosen die Rechtsextremist*innen sogar und sind der Meinung, man solle den Neonazis doch ihr Konzert lassen. Das Städtchen Ostritz eignet sich scheinbar nicht nur aufgrund seiner abgeschiedenen Lage als Ort für das Neonazifestival. Doch Nazi-Konzert ohne Gegenprotest? Fehlannonce! Auf dem Marktplatz des Städtchens hat Michael Schlitt, Direktor des Internationalen Begegnungszentrums im Kloster St. Marienthal, das Ostritzer Friedensfest initiiert. Unter dem Slogan »Zeichen setzen – hinschauen – handeln« kamen 3.000 Besucher*innen zum Fest, das unter anderem von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wurde. Die Botschaft: Rassismus hat in Ostritz keinen Platz. Für das Bündnis »Rechts rockt nicht«, das zur gleichen Zeit mit Konzerten lockte und ebenfalls von der Stiftung unterstützt wurde, ist



Beim Friedensfest zeigen rund 3000 Menschen, dass Ostritz bunt und vielfältig ist.

© Matthias Weber

Dabei scheuten die Teilnehmenden es nicht, verfassungswidrige Symbole offen zu tragen – ob auf T-Shirts oder direkt auf der Haut. Außerdem »parouillierten« Neonazis in großen und kleinen Gruppen zu jeder Zeit alkoholisiert und aggressiv im Ort. Derart aufwändige Veranstaltungen sind für die Szene nahezu ausschließlich in ländlichen Regionen möglich, da sie ihren Hass hier zelebrieren kann, ohne mit großer Gegenwehr rechnen zu müssen. Teile der

klar: »Das Nazifest in Ostritz geht uns alle an«. Zu den zahlreichen Ostritzer*innen, die sich gegen die Neonazis positionierten, gesellten sich deshalb auch Unterstützende aus Dresden, Leipzig und von weiter her. Auch CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer bekannte sich als Schirmherr des Friedensfests klar zu den Gegendemonstrant*innen. Danke, dass ihr da wart.

Von Kira Ayyadi

IHRE SPENDE KOMMT AN!

Seit ihrer Gründung ist eines der Hauptanliegen der Amadeu Antonio Stiftung, Zivilgesellschaft vor Ort zu stärken. Das Projekt »Macht der Angst« macht beispielhaft vor, wie Kinder und Jugendliche an die Thematik der Ausgrenzung herangeführt werden: Die Schüler*innen der Oberschule im Park Oslebshausen, einem sozialen Brennpunkt Bremens, erarbeiten gemeinsam ein Theaterstück, in dem sie sich mit Angst und Demokratiefindlichkeit auseinandersetzen. Sie lernen spielerisch, was es bedeuten kann, sich den eigenen Ängsten zu stellen, ohne dabei andere abzuwerten, und trotz der eigenen Unsicherheit Zivilcourage zu zeigen.

Dass wir dabei helfen können, solche Initiativen ins Leben zu rufen, verdanken wir der Unterstüt-

zung unserer Spender*innen. Über 1.250 Initiativen konnten wir bereits unter die Arme greifen, die sich vor Ort ganz konkret für eine demokratische Kultur einsetzen und damit Menschenverachtung und Ausgrenzung klare Kante zeigen. Sie wollen mehr davon? Dann können Sie uns helfen:

Spendenkonto GLS Bank
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Bitte geben Sie dafür bei der Überweisung im Betreff oder mit einer kurzen E-Mail Ihre Adresse mit an.

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift einmalig _____ €
- Ich spende per Lastschrift _____ €
- monatlich
- halbjährlich
- jährlich



Ich bin damit einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, Mai 2018
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
info@amadeu-antonio-stiftung.de www.amadeu-antonio-stiftung.de
Redaktion: Robert Lüdecke, Franziska Schindler und Timo Reinfrank (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Design
Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.
Titelfoto: Hans Schlechtenberg